

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : ein Anfang - aber wozu? ; Das Reich ohne Mitte ;
Nichts gelernt und nichts vergessen? ; Gefährliches Amerika ;
Zögerndes England ; Geschmeidiges Russland ; Die Gärung in USA ;
Englands Wirtschaftsproblem ; Frankreich-Italien ; "Volksdemo...
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138946>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daß es einem Christen geziemt, jeden anderen Menschen — und hieße er Judas Ischarioth — höher zu achten als sich selbst. Nicht daß das Böse des andern zu entschuldigen wäre! Aber es ist Gelegenheit zur Uebung, Böses mit Gutem zu vergelten. Und wie sehr hat da die Christenheit schon verfaßt!

*

Unfere Betrachtung geht zu Ende. Es wäre zum Zionismus und zu allem, was damit zusammengehört, noch vieles zu sagen. Wir wollten hier nur mit ein paar skizzenhaften Strichen die verwirrende Komplexität darstellen, die in diesem Gebilde steckt. Ob wir jetzt so klug sind wie zuvor? Können wir das Geringste an dem Kurse ändern, den das zeitgenössische Judentum einzuschlagen gesonnen ist? Wir ändern nichts, und vor allem nichts zum Guten. Aber *Gott* ändert und verändert seit Jahrtausenden sein Volk, und es bleibt doch immer dasselbe. Es bleibt so, wie es im Zeugnis des Propheten und Apostel geschrieben steht, und in seiner uralten Geschichte, die schon in den sagenhaften Anfängen von Adams Segnung und Fluch keimhaft vorgezeichnet ist, spiegelt sich die Geschichte aller Menschen und Völker wider, so daß heute Palästina eine einzige Tafelrunde des Menschheitschaos darstellt: alle haben dort die Hand im Spiel, die Atheisten, die Mohammedaner, die Juden, die Christen und dann also auch die Engländer, die Amerikaner, die Araber und die Russen, sie alle wollen nehmen, nehmen was sie können, und keiner wird satt. Ja, das ist das Bild der Welt, *dieser* Welt. Und dieses Bild zeigt uns: Welt bleibt Welt. Aber auch Gott bleibt Gott. Und das ist der Glanz, der über dieser Welt liegt. Wie wunderbar, daß die Wiege des Höchsten gerade auf dem Fleckchen Erde stand, das von jeher einem Hexenkessel glich, und daß die *via dolorosa* in Jerusalem liegt, wo die Füße des Erniedrigten die ganze Last des Weltjammers trugen. Pascal hat recht: Christi Passion dauert weiter bis an der Welt Ende. Wer will, wer kann da schlafen? Es braucht noch viel Wachsamkeit, bis die Menschheit den Weg findet, der zum Frieden führt. Und Gottes Volk bedarf der *Gnade*, daß es einkomme zu seiner Ruhe. *Herbert Hug, Walzenhausen.*

Weltrundschau

Ein Anfang — aber wozu? — So ist nun also die erste Reihe von *Friedensverträgen*, diejenigen nämlich zwischen den alliierten Hauptmächten und den Satelliten des Dritten Reiches — Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland —, in Paris feierlich unterzeichnet und besiegelt worden. Aber niemand ist da, der sich darüber als über den Anfang einer neuen Friedensordnung

freuen würde. Hingegen gibt es unzählige Menschen, die darin eher den Anfang neuer kriegerischer Wirren sehen, für die jetzt schon die Ausgangsstellungen sorgsam festgelegt würden; die Nächstbetroffenen empfinden die Verträge, die ihnen diktiert wurden, ohnehin als Unrecht und Gewalttat und haben nur unter dem Druck der Sieger und mit offenem oder stillem, aber stets ohnmächtigem Protest unterschrieben. Kein gutes Vorzeichen für den Beginn eines neuen Zeitalters, wahrhaftig!

Für die Begründung einer wirklichen Friedensordnung braucht es in der Tat — eine ebenso banale als beharrlich mißachtete Wahrheit — ganz andere Voraussetzungen, als der gegenwärtige Weltzustand sie bietet, vor allem eine durchgreifende Ueberwindung des kriegschwangeren Machtgegensatzes zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, in dessen Zeichen ja die ganze bisherige Friedensmacherei stand. Es braucht dazu namentlich auch eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung der Welt — der Frieden kann ja nur eine Frucht der Gerechtigkeit auch im inneren Leben der Völker sein — und eine Neubelebung und Neuschaffung von Freiheit und Demokratie nicht nur in den östlichen Diktatorländern, sondern auch in den scheindemokratischen Staaten des abendländisch-christlichen Kulturkreises. Eine Aufgabe, an der die Menschheit auf Generationen hinaus zu werken haben wird!

Und dann die ungelösten nächstliegenden Probleme, die so eng mit der Dämpfung der kriegerischen Leidenschaften verknüpft sind! Der *Kampf gegen den Hunger* und die übrige *leibliche* Not, die der Krieg zurückgelassen hat, wird im ganzen mit einer unverantwortlichen Lässigkeit geführt. Und zwar gerade auch von denjenigen Nationen, die dank ihrem unverfehrten, ja durch den Krieg noch gesteigerten Reichtum diesen Kampf *mit Erfolg* führen könnten. Wohl hat Präsident Truman vor der amerikanischen Bundesversammlung eine „Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ mit der übrigen Welt als eine Hauptaufgabe der Vereinigten Staaten erklärt. Aber die *Praxis* der amerikanischen Politik schlägt Trumans Forderung ja direkt ins Gesicht, diese Praxis, zu der nicht nur ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf um Warenmärkte, Rohstoffquellen und Ausbeutungsgebiete, nicht nur die kaltschnäuzige Ablehnung einer planmäßigen Ordnung der Weltwirtschaft gehört, wie sie wenigstens einmal auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung von Sir John Orr's Internationaler Ernährungs- und Agrarorganisation versucht wird¹⁾ sondern auch Dinge

¹⁾ Ein in Washington versammelt gewesener Ausschuß, in dem 17 Länder vertreten waren, hat es nicht weiter gebracht als zu einer Anzahl unverbindlicher Empfehlungen an die Orr'sche Organisation, unter Ablehnung jeglicher zentralen Lebensmittelverteilung und -produktion, von der nun einmal Amerika einfach nichts wissen will.

wie die geradezu frevelhafte Vernichtung von einer Million Tonnen Kartoffeln in Amerika zum Zwecke der „Preisstützung“, die Propaganda für eine Wirtschafts- und Finanzsperre gegen Rußland und die Hilfeleistung an kriegsverheerte Länder nur im Rahmen der stur kommunistenfeindlichen amerikanischen Außenpolitik. Wie schwer aber die *Verluste* sind, welche die vom Kriege betroffenen Länder erlitten haben, das geht besonders eindrücklich aus dem Bericht einer Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinigten Nationen hervor, der vom „Socialist Commentary“ auszugsweise wiedergegeben wird, und nach dem beispielsweise das von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich boykottierte und politisch geschulmeisterte Polen 17 Prozent seiner Bevölkerung verloren hat, 35 Prozent seiner Gebäude, 69 Prozent seines Großviehbestandes, 30 Prozent seiner Bahnanlagen und (in Zentralpolen) 50 Prozent seiner Industrieausrüstung. In Griechenland, das mit seiner monarchistisch-reaktionären Regierung in Amerika (und England) allerdings besser angeschrieben ist und darum eher Aussicht auf Hilfe hat als das kommunistisch-sozialistische Polen, sind 1,2 Millionen Menschen obdachlos geworden, 23 Prozent aller Gebäude beschädigt oder zerstört und 41 Prozent des Viehbestandes vernichtet. Auch mit der Aufnahme der osteuropäischen *Flüchtlinge*, die sich vor allem in Deutschland zusammendrängen, strengt sich Amerika nicht übermäßig an; die 3900 Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa, die es allmonatlich aufnimmt, bedeuten praktisch so wenig, daß La Guardia, der frühere Leiter der UNRRA, zornig ausrief, kein Land habe „mehr Tränen für diese Menschen (die displaced persons) vergossen als die Vereinigten Staaten, und doch wollen wir keinen von ihnen hereinlassen“.

Das Reich ohne Mitte Inzwischen bereiten die alliierten Mächte die Friedensverträge auch mit *Deutschland* und *Oesterreich* vor. Die stellvertretenden Außenminister sitzen schon seit Wochen in London zusammen und nehmen die zahllosen Denkschriften und Verträge entgegen, die der künftigen Gestaltung dieser beiden Länder gewidmet sind, und im März sollen die alliierten Außenminister selber in Moskau die Grundzüge für die Neuordnung Deutschlands und Oesterreichs entwerfen. Ein vorläufiger, sehr summarischer Ueberblick über den Stand der Diskussion ergibt etwa folgendes Bild:

Zunächst müssen sich die Alliierten darüber schlüssig werden, ob sie mit Deutschland — Oesterreich ist ein anderer Fall — überhaupt einen eigentlichen *Friedensvertrag* vereinbaren oder ihm nicht lieber einfach eine *Friedensordnung* einseitig auferlegen wollen. Dieser zweite Weg hat namentlich in den angelfächsischen Ländern Anhänger, die darauf verweisen, daß jede deutsche Regierung, die einen Diktatfrieden unterzeichne — vorausgesetzt, es lasse sich eine solche Regierung überhaupt

finden —, ja doch verloren sei und dann nur wieder eine nationalistische Bewegung aufkommen werde gleich derjenigen, die, auf Grund der Hetze gegen den „Versailler Schmachfrieden“, zuletzt Hitler ans Ruder brachte. Die Russen sind trotzdem für den Abschluß eines förmlichen Friedensvertrages mit Deutschland und sogar für die Heranziehung von Vertretern der deutschen Parteien zu dessen Ausarbeitung.

Was die Frage der deutschen Grenzen betrifft, so zeigen sich die Westmächte abgeneigt, den Polen einfach diejenigen Gebiete endgültig zuzusprechen, die sie jetzt besetzt halten, während die Russen wohl die polnischen Ansprüche ziemlich vorbehaltlos unterstützen werden. Im Westen beharrt Frankreich, ganz vom Gedanken der Sicherung gegen einen neuen deutschen Angriff beherrscht („Deutschland bleibt Deutschland“, sagte seinerzeit de Gaulle), auf einer Abtrennung des Ruhrgebietes, der Rheinprovinz und des Saarlandes von Deutschland, mit Unterstellung dieser industriell so wichtigen Gebietsteile entweder unter eine gemeinsame alliierte Verwaltung oder aber unter französische Oberhoheit. In den letzten Wochen scheint sich allerdings eine gewisse Bereitschaft Frankreichs zum Anschluß an die angelsächsische Front in der Gebietsfrage gezeigt zu haben, doch hat sich Paris noch nicht endgültig festgelegt. Die Sowjetunion legt das Hauptgewicht auf die unbedingte wirtschaftliche Beherrschung Westdeutschlands durch die Alliierten, desgleichen Großbritannien und die Vereinigten Staaten, nur mit dem Unterschied, daß Rußland die Sozialisierung der deutschen Großindustrie erstrebt, während Amerika umgekehrt deren „Reprivatisierung“ — womöglich mit Ueberführung in amerikanischen Besitz — verlangt, und England noch nicht entschlossen scheint, auf welche Seite es sich schlagen will.

Leitgedanke für die *Gesamtbehandlung* Deutschlands ist eben für beide Mächtegruppen schon heute weniger die gemeinsame Verhinderung einer wirtschaftlichen und politischen Wiedererhebung Deutschlands — die sie für ohnehin unvermeidlich ansehen —, als die Gewinnung eines künftigen Deutschlands zum Bundesgenossen für den Machtkampf, sei es des Westens gegen den Osten, sei es des Ostens gegen den Westen²⁾. Bei England und Amerika überwiegt darum der Wunsch, Deutschland nicht durch eine allzu schroffe Behandlung auf Rußlands Seite zu treiben, die innere Säuberung („Denazifizierung“) nicht zu übertreiben und im Rahmen eines nicht allzu starken Bundesstaates (Frankreich bevorzugt einen bloßen Staatenbund) eine „maßvolle“ deutsche Restauration zu ermöglichen. Die Sowjetunion andererseits be-

²⁾ An der letzten Jahresversammlung der amerikanischen Chemikergesellschaft forderte ein Professor Roger Adams von Chicago den Wiederaufbau der deutschen Schwerindustrie, „auch wenn der Preis dafür die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials sein sollte“.

günstigt die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, der ihr ein besseres Werkzeug für eine radikale Säuberungs- und Sozialisierungspolitik zu sein scheint als ein lockerer Bundesstaat, und richtet ihre Zonenpolitik ja schon längst auf dieses Ziel aus, neuerdings unter demonstrativem Eintreten für eine Steigerung der Produktion, Verzicht auf weitere Reparationsleistungen und Einstellung der Abtragung deutscher Fabriken und Werkstätten. Professor Wilhelm Röpke spricht in diesem Zusammenhang bereits von einer „deutschen Lublinregierung“, deren Einsetzung die Russen ins Auge faßten (wieder so ein boshafes Schlagwort aus Röpkes Arsenal), um ihre totalitär-revolutionären Sattanspläne zu verwirklichen, wobei er nur übersieht, daß nichts solche Pläne mehr begünstigen könnte als die Wiederherstellung des Kapitalismus (Herr Röpke sagt natürlich: der „Marktwirtschaft“) in dem von den Westalliierten beherrschten Teile Deutschlands, so wie er sie als eine der dringendsten Sofortreformen empfiehlt.

Wie dem auch sei: Deutschland hat die schönste Chance, aus dem „Reich *ohne* Mitte“ (so hat es Bernhard Diebold in seinem Roman der deutschen Zwischenkriegszeit genannt), das es bisher war, wieder zu einem formidablen Reich der europäischen Mitte zu werden, das, anstatt seine Mittlerfunktion zu erfüllen, den unheilvollen Gegensatz von Ost und West ausnützt, um sich zu alter und erträumter neuer Macht und Herrlichkeit zu erheben — unter diesmal wohl endgültiger Zerschlagung all dessen, was einem Menschen unseres Erdteiles das Leben überhaupt lebenswert macht. Schon jetzt erhebt ja der deutsche Nationalismus sein vielfältiges Schlangenhaupt wieder ganz ungefheut³⁾, und zwar nicht allein in bürgerlich-kapitalistischer und katholisch-agrarischer Gestalt, sondern auch als sozialdemokratische und kommunistische Demagogie (wobei der sozialdemokratische Führer Schumacher eine besonders bedenkliche Rolle spielt); wie soll das erst werden, wenn sich Deutschland wirklich ernsthafte Möglichkeiten eröffnen, sich ins west-östliche Kräftefeld mit eigenen europäischen Zielsetzungen einzuschalten?

Nichts gelernt und nichts vergessen? Kein Zweifel: in Deutschland nähren Millionen und aber Millionen Menschen die Hoffnung, die Geschichte der Jahrzehnte nach 1918 werde sich — entsprechend gewandelt — wiederholen, und diesmal werde todsicher gelingen, was die beiden ersten Male, zuerst durch

³⁾ Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ stellt fest, daß unter dem Einfluß der materiellen Not in Deutschland Haß und Trotz gegen die Alliierten zusehends wachsen und der Glaube an die Demokratie entsprechend noch weiter zurückgeht. Daß sich die Deutschen zuallererst an die eigene Brust schlagen sollten, kommt ihnen natürlich überhaupt nicht in den Sinn. Aber Hunger und Kälte sind eben schlechte Erzieher zu Völkerverständigung und Freiheitsliebe!

Schuld der Juden und Roten, dann wegen des alliierten Luftterrors und der Sabotagearbeit der Generäle, mißraten sei: die Schaffung eines deutschbeherrschten Europa mit Hilfe einer Spaltung unter den Alliierten des zweiten Weltkrieges. Wird es zu einer solchen Spaltung wirklich kommen? Werden die Alliierten das Spiel des deutschen Nationalismus in noch kurzfristigerer und verhängnisvollere Weise begünstigen, als sie das in den beiden Jahrzehnten zwischen 1919 und 1939 getan haben? Haben sie tatsächlich nichts gelernt und nichts vergessen?

Der britische Premierminister hat seinerzeit der alliierten Konferenz in Paris eine vertrauliche Denkschrift unterbreitet, die inzwischen den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat und in der es unter anderem heißt:

„Die größte Gefahr, die ich in der gegenwärtigen Lage sehe, besteht darin, daß Deutschland mit dem Bolschewismus gemeinsame Sache machen und seine materiellen Hilfsmittel, seine Geisteskraft und seine mächtigen organisatorischen Fähigkeiten den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, die davon träumen, die Welt mit Waffengewalt dem Bolschewismus zu unterwerfen. Diese Gefahr ist kein Hirngespinnst... Wenn es einmal soweit ist, dann wird ganz Osteuropa in den Strudel der bolschewistischen Revolution hineingerissen werden, und wir werden vielleicht schon in Jahresfrist das Schauspiel erleben, daß fast 300 Millionen Menschen, in einer gewaltigen Roten Armee organisiert, bereitstehen werden, um den Angriff auf Westeuropa wiederaufzunehmen... Wenn wir klug sind, werden wir Deutschland einen Frieden anbieten, der bei aller Gerechtigkeit doch für jeden vernünftigen Menschen der Gefahr des Bolschewismus vorzuziehen ist... Wir sollten ihm die Rohstoffe und Märkte der Welt unter den gleichen Bedingungen zugänglich machen, wie wir selbst sie genießen, und alles irgendwie Mögliche tun, um das deutsche Volk auf eigene Füße zu stellen.... Eine große Befetzungsarmee für unbestimmte Zeit kommt gar nicht in Frage... Der Sowjetimperialismus bedroht auch ganz Asien und ist Amerika ebenso nahe wie Frankreich.“

Hier wird tatsächlich das Kernproblem der zeitgenössischen Europapolitik aufgeworfen. Verwunderlich könnte höchstens der Umstand erscheinen, daß der erwähnte Bericht nicht etwa von Winston Churchill oder Clement Attlee stammt, sondern von David Lloyd George, und nicht im Jahre 1946 geschrieben ist, sondern im Jahre 1919. Aber im übrigen ist die Lage von heute der damaligen täuschend ähnlich. „Lieber Hitler als Stalin“ — das war ja die Losung fast der ganzen bürgerlichen Welt während der entscheidenden Jahre der Zwischenkriegszeit; sie bleibt es weithin auch in der Nachkriegszeit, wenn schon an die Stelle Hitlers seither andere Symbole des Faschismus und Antikommunismus getreten sind. Was die Begünstigung der deutschen Wiedererhebung durch die Alliierten nach 1918 war, was später die Nichtintervention in China und Spanien, in Abessinien, Oesterreich und der Tschechoslowakei war, das ist heute die Haltung der von der neu-alten „russischen Gefahr“ erschreckten Westalliierten und ihrer Satelliten gegenüber Deutschland und Italien, gegenüber

Polen und Jugoslawien, ist ihre Politik in Spanien und Griechenland, im Nahen Orient und im Fernen Osten.

Der Kampf gegen die „revolutionären Fanatiker“, deren Millionenarmeen „bereit stehen, um den Angriff auf den Westen wieder aufzunehmen“, wird auch heute wieder, und leidenschaftlicher als je, im westeuropäisch-amerikanischen Kulturkreis gepredigt. „Die Kluft zwischen dem Kommunismus auf der einen Seite und der christlichen Sittlichkeit und westlichen Kultur auf der anderen ist die tödlichste, weitestreichende und unheilbarste Spaltung, die das Menschengeschlecht jemals gekannt hat“, schrieb unlängst Winston Churchill, der am meisten gehörte Herold des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, in einer amerikanischen Zeitschrift („Collier's Magazine“ vom 4. Januar d. J.). Frankreich, so fordert er aufs neue und noch eindringlicher als in seiner Zürcher Rede, müsse sich mit Deutschland unbedingt veröhnen, ja sich mit ihm förmlich verschmelzen. „Der einzig würdige Siegespreis ist die Kraft zu Vergebung und Führung; und das ist der Preis, der glitzernd und schimmernd dem französischen Volk in diesem feierlichen Augenblick seiner Geschichte winkt.“

Opferung Frankreichs auf dem Altar der Veröhnung mit Deutschland, Vergebung für die Nazi, die den Erdkreis erschüttert und die Menschheit in ein Meer von Blut und Feuer geworfen haben, Wiederaufrichtung der deutschen Staats- und Wirtschaftsmacht als Bollwerk gegen die Sowjetunion, über die Churchill noch so froh war, als sie fast verblutete, um die zweijährige alliierte Vorbereitung der Invasion in der Normandie zu ermöglichen, Schaffung eines Vereinigten Europa mit Front gegen Osten und als Ergänzung Abschluß einer Militärallianz zwischen England und Amerika mit einer schönen Beige Atombomben im Hintergrund — das also ist die „christliche Sittlichkeit“ und die „westliche Kultur“ dieses unheilvollen Mannes, der offenbar all seine Verdienste um die Rettung Europas vor dem Verbrechertum eines Hitler und dem Cäsarenwahn eines Mussolini (den Churchill zwar immer bewundert hat) gewaltsam auslöschen will durch die Verblendung mit der er jetzt genau den Kurs verfährt, den sein Vorgänger Lloyd George vor bald 30 Jahren auch verfochten hat — einen Kurs, der schon damals ins Verderben führte und heute nicht weniger sicher Europa in eine neue Katastrophe stürzen müßte, wenn man ihm folgte.

(Nebenbei: Wenn eine Veröffentlichung von Martin Sommers in der New Yorker „Saturday Evening Post“ auf Tatsachen beruht, so hat Churchill es nach zähem Kampf schließlich bei Roosevelt durchgesetzt, daß die Invasion *Frankreichs*, die eigentlich für 1943 geplant war, *um ein volles Jahr verschoben* wurde, damit inzwischen Nordafrika erobert und über Italien und den Balkan Deutschland vom Südosten her angegriffen werden könnte. Der Plan, den Churchill ja schon im ersten Weltkrieg verfolgt hatte und der damals hart an einer

alliierten Katastrophe vorbeiführte, ist auch diesmal nur halb geglückt; er hat aber zwei bedeutsame Wirkungen gehabt: Einmal ist der Krieg um ein Jahr verlängert worden; sind doch die militärischen Führer, insbesondere Amerikas, noch heute überzeugt (so wie sie es schon damals waren), daß die noch weit in Rußland drin stehende, ungeheuer weit verteilte deutsche Armee im Jahr 1943 erheblich leichter zu schlagen gewesen wäre als 1944, und zweitens wären in diesem Falle die Westalliierten selbst bis weit nach Osten vorgedrungen und stünden noch heute dort. Jetzt stehen die *Russen* in Berlin — dank Churchill, der nun für den Rest seines Lebens die Christenheit aufrufen darf, sie wieder hinauszuerwerfen. So wird von Großen dieser Erde Geschichte gemacht!)

Gefährliches Amerika Churchills Kampagne ist um so gefährlicher, als sie auch in Amerika von höchst einflußreichen Kreisen unterstützt wird. Der bisherige amerikanische Vertreter bei den Vereinten Nationen, John Foster *Dulles*, einer der bekanntesten Spezialisten für auswärtige Politik in der Union, hat sich letzthin ausdrücklich zum Gedanken einer Europa-Föderation, so wie Churchill sie versteht, bekannt. Damit werde, so meinte Dulles, Amerika in den Stand gesetzt, „mit Rußland um die Weltführung zu konkurrieren“ und dem Einfluß der Sowjetunion auf Indien, China, die Kolonialgebiete, die arabische Welt, Lateinamerika usw. entgegenzutreten, und andererseits werde dadurch die Schaffung eines westeuropäischen Wirtschaftsbundes ermöglicht, der „auf internationaler Kontrolle der gewaltigen industriellen Hilfsquellen Deutschlands basiere“, das heißt im Munde dieses Mannes natürlich: auf *kapitalistischer* Beherrschung und Ausbeutung von Deutschlands (und der anderen westeuropäischen Länder) Wirtschaftskräften. Dulles konnte übrigens mitteilen, daß auch zwei so maßgebende Führer der Republikanischen Partei wie Senator Vandenberg, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, und Gouverneur Dewey von New York, einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten, mit Churchills Plan völlig einig gingen, und daß Schritte getan würden, um diese Ideen vor den Außenministerrat zu bringen, wenn dieser in Moskau an die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland herangehe.

Zum Glück sind in Amerika auch Kräfte am Werke, die einer wesentlich anderen Haltung gegenüber der Sowjetunion zum Durchbruch zu verhelfen suchen. Sogar in der rechtsbürgerlich-republikanischen „New York Herald Tribune“ darf eine Auffassung vertreten werden, wie sie etwa in folgenden bemerkenswerten Äußerungen von Professor F. L. Schuman zum Ausdruck kommt:

„Die Denunzierung des Sowjetstaates als einer Tyrannei und eines Sinnbilds von Not und Sünde ist soweit ganz überzeugend unter Leuten, die sich eines hohen Lebensstandards erfreuen und bürgerliche Freiheiten und politische Rechte genießen. Aber sie ist nicht im geringsten überzeugend für die ausgebeuteten und verletzten Massen Osteuropas, der islamitischen Welt und Chinas, die weder Demokratie noch einen Reichtum spendenden Kapitalismus kennen und nur wissen, daß die Sowjetunion ihrem eigenen ‚im Dunkel wohnenden Volke‘ Würde, Bildung und Freiheit vom Feudalismus gebracht hat. Darum wird Moskau ohne weiteres mit echter Freiheit und Demokratie gleichgesetzt, wenn auch zu Unrecht. Indem der Westen die Demokratie mit Klerikalismus, Monarchismus und Aristokratie zusammenkoppelt, gibt er dem Kreml einen unverdienten Vorteil in die Hand in dem langen, bitteren Ringen um die Seele der Menschheit.

Die Tragödie des 20. Jahrhunderts dreht sich in einem weiteren Sinn um den ständigen Gegensatz zwischen Osten und Westen. Die Verantwortlichkeit der Sowjets für die Spaltung war und ist groß. Aber eine noch schwerere Verantwortung ruht auf den herrschenden Schichten der Westmächte, da das Mißtrauen der Besitzer von Reichtum und unbefiegliger Macht, welchen Maßstab man auch immer anlegen mag, weniger gerechtfertigt ist als die Furcht der Armen und Schwachen. Eine Wiederherstellung des Vertrauens ist schwerlich zu erreichen durch Drohungen und Herausforderungen, durch ‚scharfes Auftreten gegen Rußland‘ oder durch die Entfesselung neuer Feldzüge gegen den Kommunismus.“

Wenn Professor Schuman dann meint, Ost und West könnten wieder zusammengebracht werden, indem der Kapitalismus seine Fähigkeit beweise, „das menschliche Leben zu befreien und zu bereichern“, und so die Anziehungskraft des Kommunismus auf die Völker breche, so ist das allerdings eine typisch amerikanische Naivität. Der Kapitalismus ist ja selbst Diktatur und wird es in seiner monopolistischen Form gerade in Amerika immer offenkundiger (die großen, vertrauten Wirtschaftsmächte beherrschen jetzt zwei Drittel der Industrieproduktion der Vereinigten Staaten sozusagen unbeschränkt und haben tatsächlich auch die Staatsmaschinerie, die Presse, das Radio, den Film usw. in der Hand); Befreiung und Bereicherung wird dem menschlichen Leben nur in dem Maße zuteil werden, als der Kapitalismus *überwunden* wird. Aber da der Westen eine Wirtschaftsgestaltung und eine Wirtschaftsform entwickeln muß, die dem Kommunismus *überlegen* ist, soll dieser den Völkern nicht als einzige Wahlmöglichkeit gegenüber dem Monopolkapitalismus erscheinen, und daß die entscheidende Verantwortung für die Heilung des Bruches zwischen Osten und Westen bei den führenden Schichten des Abendlandes liegt, denen der Uebergang zu einer menschlichen, gerechten und krisenfreien Wirtschaftsordnung nicht erspart bleiben wird, wenn sie mit der Sowjetunion in Frieden leben wollen, das ist freilich durchaus richtig.

Nur bemerkt man gerade wieder an Amerika keinerlei ernstliche Anzeichen einer solchen Wandlung. Worin *seine* führende Klasse das Heil sieht, das ist ein rücksichtsloser, verhärteter Neukapitalismus, ein weitausgreifender wirtschaftlicher Imperialismus, eine uferlose Kriegsrüstung und eine bedenklich nach Militarismus riechende, weil allzu-

sehr strategisch ausgerichtete draufgängerische Weltpolitik. „Die Vereinigten Staaten“, so schrieb kürzlich Henry Wallace in der „New Republic“, „können nicht hoffen, die Welt mit ihren friedlichen Absichten zu beeindrucken, solange sie immer weiter Atombomben herstellen und Material aufhäufen, das in die Bomben eingeht. Die Nation, welche die Hälfte des Welteinkommens erzeugt und gleichzeitig Atombomben aufbeigt, erscheint unausweichlich der übrigen Welt als die potentiell größte imperialistische Nation in der Geschichte.“ Der Streit im Sicherheitsrat darüber, ob zuerst die Kontrollierung der *Atombombenfabrikation* oder die Vorbereitung einer *Gesamtabrüstung* an die Hand genommen werden solle, nimmt sich angesichts dieses Sachverhalts eher grotesk aus; er bleibt jedenfalls solange gegenstandslos, als das abgrundtiefe *Mißtrauen* fort dauert, das jeden Schritt zur Abrüstung hin, den der eine tut, den anderen als bloßes Uebertöpelungsmanöver beargwöhnen läßt. Wallace meint zwar in dem erwähnten Artikel, die Einreichung von Molotows Abrüstungsplan habe vielleicht doch bereits eine Wendung im gegenseitigen Verhalten der beiden Mächtegruppen herbeigeführt. „Damals war es in englisch-amerikanischen Kreisen Mode, seinen (Molotows) guten Glauben in Frage zu stellen. Jetzt wird es aber offenbar, daß Rußland wahrscheinlich noch mehr daran interessiert ist, den Massenvernichtungsmethoden Einhalt zu tun, als sowohl England wie die Vereinigten Staaten.“ Wenn man dann aber wieder gewisse neuere Äußerungen führender amerikanischer Militärs und Diplomaten über die Abrüstungsmöglichkeiten vernimmt, so stimmt man seine Erwartungen auf eine bald eintretende entscheidende Wendung ganz von selbst erheblich herunter. Da erklärte z. B. an einer „Frauenkonferenz für nationale Verteidigung“ der Vizeadmiral *Blandy*, ganz im Stil jener Christen, die erst eine radikale Aenderung der Menschennatur sehen wollen, bevor von Abrüstung die Rede sein könne: „Die Weltabrüstung wie sie von gutmeinenden, aber unpraktischen Pazifisten verlangt wird, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt undurchführbar. Sie wird so lange undurchführbar bleiben, als in unseren Wörterbüchern Worte wie Haß, Neid und Mißtrauen enthalten sind.“ Die internationale Kontrolle der Atomenergie werde im Kriege sowieso versagen.

Beim gleichen Anlaß sagte General *Kelly*, in einem neuen Krieg müsse sich eine Nation auf Verluste in der Höhe von 25 Millionen Menschenleben am ersten Kriegstage gefaßt machen; der Angriff auf Amerika werde in diesem Falle wahrscheinlich über das Nordpolargebiet geführt werden. Und damit ja kein Zweifel bestehe, *wer* diesen Angriff unternehmen werde, prophezeite der frühere Gesandte George H. *Earle* an einer New Yorker Versammlung rund heraus, Rußland werde sicher den Krieg gegen die Vereinigten Staaten beginnen, sobald es im Besitze der Atombombe sei. „Nur eines kann uns retten: Wir müssen die stärksten Verteidigungswaffen herstellen und

Rußland wissen lassen, daß wir es vernichten, sobald es die erste Atombombe abwirft.“ Daß dieser Menschenfreund nicht gleich auch noch den Präventivkrieg forderte, ist wohl nur seiner Diplomateneigenschaft zu verdanken; immerhin ist uns so, als hätten wir *diese* Sprache früher auch von Staatsmännern und Militärs desjenigen Landes gehört, dem die Vereinigten Staaten in zwei Kriegen die schwerste äußere Niederlage zu bereiten mitgeholfen haben . . . um nun seinen *Geist* in bedenklich hohem Maße selbst zu übernehmen.

Auch Amerikas amtliche Weltpolitik läßt nichts von dem *neuen* Geist verspüren, der jetzt so dringend nötig wäre, wenn es zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Völker kommen soll. Eben jetzt böte sich den Vereinigten Staaten eine glänzende Gelegenheit, diesen Geist zu bekunden. Gleich nach seiner Rückkehr aus *China* gab General Marshall, der neue Außenminister, bekannt, daß Amerika seine Bemühungen um die Wiederherstellung des inneren Friedens in China aufzugeben beschlossen habe. Das heißt nun aber keineswegs, daß die Vereinigten Staaten auf jedes Eingreifen in die innerchinesischen Auseinandersetzungen zu verzichten gedenken; wenn der China-Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nummer vom 30. Januar) recht hat, dann heißt es nur, daß Amerika künftighin auf den Schein einer *neutralen*, vermittelnden Haltung gegenüber dem chinesischen Bürgerkrieg verzichten wolle, um fortan offen die „anerkannte chinesische Regierung in ihrem Kampf gegen Jenan“ zu unterstützen — die feudal-kapitalistische Gegenrevolution gegen die agrarkommunistische Revolution der in Hunger und Elend zugrundegehenden breiten Volksmassen. Das ist vom Standpunkte der wirtschaftlichen Eroberung Chinas und des Machtkampfes gegen die Sowjetunion aus sicher die gegebene Politik für die Vereinigten Staaten. Vom Standpunkte des Kampfes um die Schaffung einer haltbaren Friedensordnung und einer Verständigung zwischen Osten und Westen aus ist es aber genau das Gegenteil dessen, was jetzt geschehen müßte: die Organisierung einer großzügigen *Hilfe* für das chinesische Volk, das aus eigener Kraft nicht aus seiner grauenhaften Armut herauskommen kann, die Modernisierung der rückständigen Wirtschaft und Technik Chinas und die Sicherung einer stetigen politischen Ordnung auf der Grundlage einer gerechten Sozialordnung, wie sie dem Geist und der Ueberlieferung des chinesischen Volkes entsprechen würde. Das wäre eine wunderbare Aufgabe für die Vereinigten Nationen, und Amerika könnte einen hervorragenden Beitrag an ihre Erfüllung leisten, wenn es von jener Gesinnung beseelt wäre, die wiederum Henry Wallace, als Wortführer des „anderen“ Amerika, in einem offenen Brief an Außenminister Marshall fordert:

„Was wir brauchen, das ist eine bewegliche Offensive in unserer Außenpolitik, eine Bekräftigung der revolutionären Ueberlieferung, aus der heraus unser Land geboren ist, ein lautes, schallendes Ja zu den Wandlungen, welche die aus den Fu-

gen gegangenen Gesellschaftsordnungen Europas und Asiens unverzüglich erheischen. Wir haben, fast fahrlässig, die Beförderung dieser Wandlungen Rußland überlassen. Wir haben den Russen erlaubt, sich vor allen Kolonialvölkern der Welt als einzigen Feind des ‚Imperialismus‘ aufzuspielen. Fast kampflos haben wir den Russen die Gefolgschaft von Millionen europäischer Arbeiter und Bauern überlassen, die eben glauben, daß die Russen und nicht wir die einzigen Bürgen gegen Hunger und Krieg sind... Wir müssen überall herauszufinden suchen, was für Reformen in den verwüsteten Gebieten der Welt nötig sind, um die Mägen zu füllen und den Händen der Menschen Arbeit zu geben, und wir müssen die ersten sein, die sich dafür einsetzen. Wo immer wir in Europa auf Rußland stoßen, ist nicht Rußland der Feind, sondern die Verwüstung selbst.“

Zögerndes England Solche Mahnungen finden im gegenwärtigen Amerika, oder doch bei seinen maßgebenden Menschen, natürlich taube Ohren. Ist ihnen wenigstens das gegenwärtige *England* zugänglich? Von seiner Labourregierung sollte man es eigentlich erwarten können — aber wie zögernd, allzu zögernd, sich Großbritannien von seiner imperialistischen Vergangenheit freimacht, das zeigen auch die Ereignisse der Berichtszeit wieder.

Da ist zunächst der *Mittelmeerraum*, dessen Beherrschung für die Wahrung der britischen Imperiumsinteressen eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Hier bleibt auch das *neue*, mehr internationalistisch eingestellte England fest auf seinen Machtstellungen sitzen. Zusammen mit Amerika hält es *Italien* unter sicherer „Kontrolle“, während es in Griechenland zwar seine Truppenmacht auf die Hälfte herabzusetzen bereit ist (weil die russische Gefahr als weniger akut empfunden wird), aber mit den verbleibenden 10—15 000 Mann die innere „Ordnung“, so wie sie England dienlich scheint, nach wie vor aufrechterhalten will. Daß die Rolle, die England bei dieser Stützung des reaktionär-monarchistischen Regimes spielt, für das jetzt der frühere Bankdirektor Maximos die verbindliche Unterschrift führt, auch in konservativen Kreisen Großbritanniens ein gewisses Unbehagen erweckt, das mag aus einem Aufsatz von Harold Nicholson im „Spectator“ hervorgehen, der freimütig feststellt,

„daß wir mit Gewalt in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingreifen, und daß ohne dieses Eingreifen die revolutionäre EAM sich zum Herrn der Hauptstadt und des Piräus gemacht hätte... Es mag nach unserer Auffassung eine verantwortungslose und sogar unpatriotische Haltung von seiten der Mittel- und Linksparteien gewesen sein, daß sie die Wahlen vom 31. März boykottiert haben, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die damals gewählte Kammer den griechischen Volkswillen nicht ausdrückt. Das scheint mir der Kernpunkt der ganzen Frage zu sein... Wir benehmen uns wie Strauße, wenn wir uns einbilden, irgendein Grieche oder Ausländer nehme es nicht als selbstverständlich an, daß wir aus strategischen Gründen in Griechenland bleiben, und daß wir das gegenwärtige Regime mit Waffengewalt stützen... Die Beileidsbriefe, die wir an die bulgarischen oder rumänischen Demokraten richten, tiefen von Krokodilstränen. Unsere Haltung scheint uns mit allem, was an der amerikanischen Außenpolitik so gefährlich ist, zusammenzubinden und uns dem Gefündesten und Besten zu entfremden, was es in den Vereinigten Staaten gibt.“

Mit *Aegypten* hat sich Großbritannien aufs neue überworfen; die Verhandlungen sind — wenn man bei orientalischen Unterhändlern überhaupt so reden darf — wieder einmal „endgültig“ gescheitert. Den Hauptanstoß bildete der *Sudan*, den England aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen nicht freigeben will, während ihn Aegypten aus gleicher Ursache heftig begehrt. Der Streitfall ist nun von Aegypten an die Vereinigten Nationen gezogen worden, wobei man in Kairo allerdings riskiert, daß eine unparteiische Erforschung des Volkswillens im Sudan zu der Feststellung führt, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Annexion durch Aegypten ist. In welcher Richtung eine Lösung des ägyptisch-sudanesischen Problems wirklich zu suchen wäre, das deutet eine kürzlich in der Presse erschienene Notiz an, wonach ein ägyptischer Ingenieur gegenwärtig im Ausland um Unterstützung für seinen Plan wirbt, durch eine großzügige Regulierung des Nils den Strom auf 6400 Kilometer Länge schiffbar zu machen und Millionen von Hektaren Wüstenland in fruchtbaren Ackerboden zu verwandeln. Daß so etwas durchaus möglich ist, beweist das Gelingen des unter Roosevelt begonnenen riesigen Tennesseeetalwerkes; warum sollten die Vereinten Nationen nicht in ähnlicher Weise auch den Nil und dazu den Jordan, den Euphrat und Tigris, die indischen und chinesischen Ströme der menschlichen Wohlfahrt dienstbar zu machen imstande sein? Wieder so eine große Aufgabe für internationale Zusammenarbeit, für die nichts nötig ist als die Ausschaltung kapitalistischer Interessen, die ja auch den zweckmäßigen, auf Natur und Menschen Rücksicht nehmenden Ausbau der *Schweizerischen* Wasserkräfte verhindern.

Um *Palästina* steht es ärger als je. Auch die neue Londoner Konferenz mußte ergebnislos abgebrochen werden, wie von vornherein wahrscheinlich war, und im Heiligen Lande selbst kann die innere Spannung jeden Tag zur gewaltfamen Entladung großen Stils führen. Die britische Regierung ist zwar mit einem neuen Vorschlag auf den Plan getreten, der die Aufteilung Palästinas in eine Reihe sich selbst verwaltender Bezirke mit Erhöhung der jüdischen Einwanderung auf 4000 Personen im Monat vorsieht, hat damit aber weder bei den Juden noch bei den Arabern viel Gegenliebe erweckt, zumal die Absicht Londons offenkundig nur auf Zeitgewinn ausgeht und keinerlei organische Lösung des Problems wagt. Die Anrufung der Vereinten Nationen wird auf die Länge kaum mehr zu umgehen sein, falls nicht ein heute freilich wenig wahrscheinlicher Kompromiß über die schlimmsten Schwierigkeiten hinweghilft und eine neue Gnadenfrist für eine umfassende internationale Regelung der Palästina- und Orientfrage eröffnet.

In *Indien* sind sich Hindus und Mohammedaner um keinen Schritt nähergekommen. Hingegen hat die Nationalversammlung auf Vorschlag Nehrus ihre „feste und feierliche Entschlossenheit“ ausgedrückt, In-

dien zu einer souveränen Republik zu erklären. Das bedeutet wahrscheinlich den bevorstehenden Austritt Indiens aus der britischen Reichsgemeinschaft — ein Schritt, der vermutlich Indien so wenig zum Vorteil ausschlagen wird wie Großbritannien. Eine kühnere und liberalere Politik Englands gegenüber Indien noch vor fünf oder sechs Jahren — und es wäre nie soweit gekommen! Aber konnte man das wirklich von einem Churchill oder gar Chamberlain erwarten?

Dafür ist die indische Lektion wenigstens für die Lösung der *Burmafrage* von Nutzen gewesen. Die britische Regierung hat den Burmesen grundsätzlich die Gewährung der vorbehaltlosen Unabhängigkeit zugesichert; eine im April zu wählende Nationalversammlung soll über das künftige Schicksal Burmas frei entscheiden, einerlei ob nun der Beschluß auf Verbleiben im britischen Reichsverband oder auf Austritt aus ihm lauten wird. Auch dieses wahrlich großherzige Entgegenkommen Englands findet zwar in Burma noch Kritik bei den ungeduldigsten Nationalisten, doch scheint die maßvollere, von Aung San geführte Richtung die Mehrheit der politisch aktiven Bevölkerung hinter sich zu haben.

Von Englands *Mitteleuropa-Politik* und seiner unentschiedenen Haltung in der Frage der Sozialisierung der deutschen Großindustrie war bereits früher die Rede. Sicher scheint nun immerhin, daß die Labourregierung den Bestrebungen auf Schaffung eines gegen die Sowjetunion gerichteten Westblocks durchaus fernsteht; das hat nicht nur das Abrücken der Leitung der Labourpartei von Churchills Unionsplan gezeigt, sondern auch die ebenso prompte als loyale Richtigstellung der kaum gutgläubigen russischen Behauptungen von einer Preisgabe des *britisch-russischen Bündnisses* durch Bevin; der im Mai 1942 abgeschlossene Vertrag wird nun wahrscheinlich erweitert und — im Sinn einer früheren, zunächst unbeachtet gebliebenen Anregung des britischen Außenministers — verlängert werden. Eine Art Gegenstück dazu soll ein *britisch-französisches* Bündnisabkommen bilden, über das zur Zeit zwischen London und Paris verhandelt wird.

Daß Rußland jetzt so geflissentlich die Verbindung mit England zu festigen sucht und auch gegen einen engeren Zusammenschluß Englands mit Frankreich nichts einzuwenden hat, scheint dem Wunsche zu entspringen, Großbritannien nicht einseitig an Amerika gebunden zu sehen und auch Frankreich nicht ausschließlich auf die Vereinigten Staaten angewiesen sein zu lassen. Daß Englands und auch Frankreichs Zusammenarbeit mit Amerika durch die neuen Bündnisse irgendwie erschwert werden könnte, dieser Erwartung wird man sich indessen auch in Moskau nicht hingeben, und tatsächlich gehen ja die „unpolitischen“, angeblich rein technisch-militärischen Abmachungen zwischen England und Amerika so weit, wie niemals zuvor in der britischen Geschichte ähnliche Vereinbarungen mit einer auswärtigen Macht gegangen sind. Politisch-kulturelle Verwandtschaften und gleichlaufende

strategisch-wirtschaftliche Imperiumsinteressen haben zwischen den beiden angelfächsischen Weltmächten — Churchills Agitation hin oder her — eine Schicksalsgemeinschaft geschmiedet, die voll großer Verheißungen ist, aber auch voll schwerer Gefahren sein kann, sofern die gegenwärtige Welt-Konstellation weiterdauert.

Geschmeidiges Daß sich Rußland dieser Tatsache klar bewußt ist, **Russland** daran kann kaum ein Zweifel mehr bestehen. Die

Verfuche, entweder mit Amerika zusammen gegen England zu operieren oder aber England gegen Amerika auszuspielen, dürften endgültig aufgegeben sein; die Sowjetunion weiß, daß sie ihre Sicherheit nur durch Verständigung mit *beiden* angelfächsischen Reichen erlangen kann. Ihrer Absicht, das Bündnis mit Großbritannien enger zu knüpfen, geht denn auch das neuerdings in der Unterredung *Stalins* mit *Elliot Roosevelt* besonders stark betonte Bestreben parallel, in ein anständiges Verhältnis mit den Vereinigten Staaten zu kommen, denen der russische Führer nicht nur allerlei eher unverbindliche Avancen gemacht, sondern auch die Bereitschaft der Sowjetunion erklärt hat, die Herstellung von Atombomben „denselben Inspektionsvorschriften und Kontrollen zu unterstellen wie jedes andere Land“.

Die jüngste Haltung Rußlands in den Behörden der Vereinigten Nationen läßt das gleiche Bemühen um die Erhaltung jener Mindesteinheit zwischen den „drei Großen“ erkennen, die für ein gedeihliches Arbeiten der UNO unerläßliche Voraussetzung ist. Sowohl in der griechischen und persischen Frage wie nachher bei den Verhandlungen über Spanien und besonders über die Abrüstung hat es die Sowjetunion sorgsam vermieden, sich ohne Not in die Rolle der systematisch überstimmten Minderheit drängen zu lassen, die zum Veto greifen muß, um nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden. Rußland hat begonnen, dem Kampf gegen eine übermächtige Koalition den *Kompromiß* vorzuziehen. „Es glaubt an die Organisation der Vereinten Nationen“, so stellt die amerikanische Journalistin Jane Bedell fest, „und ist nicht willens, es zu einer tieferen Spaltung in irgendeiner Frage kommen zu lassen, welche die ganze Organisation zerstören könnte. Es braucht Sicherheit und es braucht Freunde — zu Abstimmungszwecken, für Anleihen und für günstige Handelsbedingungen. Durch Nachgiebigkeit in wichtigeren Fragen hat es Aussicht, beides zu gewinnen — sicherlich hat es neue Freunde während der letzten Tagung der Vereinten Nationen gewonnen.“

Daß zu dieser Haltung der Sowjetdiplomatie die wenig glänzende *innere Lage* Rußlands entscheidend beigetragen hat, wurde hier schon wiederholt ausgesprochen. Die Erklärungen des Landwirtschaftsachverständigen Alexandrow, eines hohen Sowjetbeamten, über die Agrarkrise, die Rußland gegenwärtig durchmacht, und die Mißernte in verschiedenen Teilen der Sowjetunion, besonders in der Ukraine, bestäti-

gen diese Vermutung aufs neue. Ein Land dessen Ackerbau und Viehzucht durch den Krieg so schwer gelitten hat wie außer Polen die Landwirtschaft keines einzigen anderen Landes — es hat zum Beispiel fast 100 000 Gemeinschaftsgüter und 17 Millionen Stück Großvieh verloren —, ein Land, dessen Industrieapparat in weiten Gebieten sozusagen von unten her wiederaufgebaut werden muß — gegen 32 000 russische Fabriken sind durch den Krieg zerstört worden —, und dessen Verkehrsnetz ganz heillos zerrüttet ist — es fehlten ihm nach dem Krieg allein 15 800 Lokomotiven und 428 000 Eisenbahnwagen —, *muß* sich außenpolitisch zurückhalten und *darf* es nicht zu so etwas wie einer Kraftprobe mit anderen Mächten kommen lassen. Das wissen natürlich auch England und Amerika ganz genau und nützen es redlich aus.

Die Gärung in USA. Aber Frieden ist eben nicht bloß Nichtkrieg; er muß, woran schon eingangs erinnert wurde, neben der Ueberwindung des Gewaltgeistes in den unmittelbaren Völkerbeziehungen insbesondere auch in einer gerechten Gestaltung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse der einzelnen Länder eine feste Grundlage gewinnen. Wie steht es zur Zeit damit?

In den *Vereinigten Staaten* — um wieder mit ihnen zu beginnen — hält die soziale Unrast an. Die glänzende industrielle und landwirtschaftliche Konjunktur, deren sozusagen unbegrenzte Dauer soeben Bundesfinanzminister Snyder stolz verkündet hat, ist nicht von einer entsprechenden Verbesserung der Lage der unteren Klassen begleitet; der Reallohn der amerikanischen Arbeiter — der Geldlohn, gemessen an seiner Kaufkraft — ist im Gegenteil während der letzten zwei Jahre um rund 25 Prozent gesunken, und die Ersparnisse, welche die Arbeiter allenfalls in den Kriegsjahren machen konnten, sind so ziemlich aufgebraucht, so daß neue große Arbeitskämpfe unvermeidlich sind, wenn die Unternehmer bei ihrer Weigerung verharren, einen halbwegs angemessenen Teuerungsausgleich zu gewähren. Gleichzeitig verschärft sich der Klassenkampf auch von der politischen Seite her; die siegreiche Reaktion ist eifrig und umsichtig am Werk, um das neue Arbeitsrecht, das der Gewerkschaftsbewegung den gewaltigen Aufschwung des letzten Jahrzehnts erst möglich gemacht hat, zu durchlöchern und die organisierte Arbeiterschaft für die kommenden Auseinandersetzungen entscheidend zu schwächen.

Erfreulicherweise scheint diese Bedrohung von außen die amerikanische Arbeiterschaft wenigstens im Innern zu stärken; zwischen den beiden gewerkschaftlichen Spitzenverbänden, dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL) und dem Verband der Industriegewerkschaften (CIO), sind ausichtsreiche Verhandlungen über eine gemeinsame Führung des Abwehrkampfes im Gang, die vielleicht sogar zu einer völligen Wiedervereinigung dieser großen Organisationen führen werden.

Andererseits ist auch auf dem *politischen* Feld eine Konzentration der Kräfte der Linken eingeleitet; die in der Januarrundschau erwähnten Berichte über Bemühungen zur Bildung einer großen linksdemokratischen Volkspartei haben sich bestätigt, insofern aus zwei bestehenden liberalen Verbänden eine neue Einheitsorganisation, die sich „Fortschrittliche Bürger von Amerika“ nennt, geschaffen worden ist. Daneben besteht allerdings noch eine kleinere Sondergruppe unter Führung des zur religiös-sozialen Bewegung gehörenden Professors Reinhold Niebuhr, die jede Verbindung mit kommunistischen oder kommunistenfreundlichen „Elementen“ ablehnt, während die „Fortschrittlichen Bürger“ auch Kommunisten aufnehmen, sofern diese nur — wie dies auch bei den Gewerkschaften der Fall ist — die Grundsätze und Satzungen der Organisation selbst anerkennen.

Englands Wirtschaftsproblem Die britische Labourregierung setzt ihre Sozialisierungspolitik folgerichtig fort. Die Vorlagen über die Ueberführung der Elektrizitätswerke in Gemeinbesitz und über die Stadt- und Landesplanung sind vom Unterhaus bereits angenommen worden, und weitere Pläne ähnlicher Art stehen in Vorbereitung. Die Hauptaufgabe, vor die sich die Labourbewegung gestellt sieht, ist aber gegenwärtig die Ueberwindung der *Produktions-schwierigkeiten*, welche als Folge des Krieges die britische Wirtschaft bedrängen. Im Augenblick, da ich dies schreibe, steht die akut gewordene Kohlen- und Energiekrise im Vordergrund, die, verschärft durch den außergewöhnlich harten Winter, fast eine Katastrophe über England gebracht hat. Es hilft der Regierung wenig, daß sie — mit vollem Recht — sagen kann: „Da habt ihr nun den Segen der kapitalistischen Wirtschaft!“; die Opposition nützt die ihr so günstige Lage und die unleugbaren Verschärfungen der Regierung erbarmungslos aus, und ohne Einbuße an Autorität wird sich das Kabinett schwerlich aus der Sache ziehen können. Hinter der hoffentlich vorübergehenden Elektrizitätskrise steht aber das viel allgemeinere und nur sehr allmählich zu lösende Problem, wie der Ertrag der britischen Wirtschaft überhaupt gesteigert werden kann. England verbraucht andauernd mehr Güter als es erzeugt; die Lücke wird vorerst durch Beanspruchung der amerikanischen und kanadischen Anleihen geschlossen, die eigentlich für die Erneuerung der Industrieanlagen bestimmt waren, nun aber vornehmlich zur Finanzierung von Lebensmittelankäufen dienen. Das geht ja so eine Zeitlang; was aber dann, wenn die Anleihensmittel erschöpft sind? Dann muß die Produktionskraft des Landes bereits soweit entwickelt sein, daß es wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Wird das tatsächlich der Fall sein?

Ein Diktaturregime würde wohl die Frage mit einem zuversichtlichen Ja beantworten. Die britische Demokratie muß das Produktionsproblem mit anderen Mitteln zu lösen suchen, als sie einer staatlichen

Zwangswirtschaft zur Verfügung stehen. Sie kann zwar den außerordentlichen Arbeitermangel, an dem die Industrie leidet, dadurch mildern, daß sie die Truppenbestände, die England im In- und Ausland unterhält, drastisch verringert — eine Armee von über anderthalb Millionen Mann, zu der noch gegen eine halbe Million Arbeiter in den Rüstungsbetrieben und Hilfsdiensten kommt, ist auf die Dauer ein unmöglicher Luxus — und ausländische Arbeiter, vor allem aus der Masse der osteuropäischen Flüchtlinge, heranzieht. Aber die Hauptanstrengung wird die britische Arbeiterschaft selbst, und zwar freiwillig, leisten müssen, ohne daß zur Ausübung von Zwang bei der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftszweige gegriffen werden müßte.

Die Anhänger des kapitalistischen Systems behaupten natürlich, das sei bei der Trägheit und Selbstsucht der menschlichen Natur, die nur auf größte Reize antworte, grundsätzlichen unmöglich; alle Planwirtschaft führe notwendigerweise zu irgendeiner Art von Diktatur. Wir unferseits würden ebenso selbstverständlich die Möglichkeit einer sogar sehr bedeutenden Steigerung des Wirtschaftsertrages im Rahmen einer demokratisch organisierten Planwirtschaft bejahen, wenn es sich um einigermaßen normale Verhältnisse handelte. (Eine einlässlichere Begründung unserer Zuversicht ist hier nicht möglich.) Bei der doppelten Schwierigkeit, mit der England zu kämpfen hat — Ueberwindung der Kriegsfolgen und Begrenztheit der Geldmittel — zögern wir. Dennoch ist unser Vertrauen in die erprobte Fähigkeit des englischen Volkes, auch in allerbitterster Lage, wo andere Nationen versagen würden, siegreich durchzuhalten, groß genug, um uns die Erwartung begründet erscheinen zu lassen, daß die Labourregierung auch die jetzige gefährliche Wirtschaftslage meistern und daß sich namentlich die britische Arbeiterbewegung schneller und entschlossener, als das sonst anzunehmen wäre, von dem Erbe kapitalistischen Geistes befreien werde, der sie jetzt so beklagenswert stark verhindert, Sonder- und Augenblicksvorteile hinter den Erfordernissen des Gemeinwohles zurückzustellen, wie das bei gewissen jüngsten Lohnforderungen und Streikbewegungen der Fall gewesen ist. Das Gelingen des großen Versuches, eine sozialistische Ordnung *in Freiheit* aufzubauen, hängt zu einem erheblichen Teile von der Selbstzucht ab, der sich die britischen Arbeiter in den nächsten paar Jahren zu unterwerfen wissen.

Frankreich - Italien - Einer ähnlichen, ja vielleicht noch schlimmeren Wirtschaftslage sehen sich auch Frankreich und Italien gegenüber — mit dem Unterschiede freilich, daß die demokratischen Kräfte in beiden Ländern weit schwächer entwickelt sind als in England und daher mit autoritären Lösungen eher zu rechnen ist als dort.

Frankreich hat zum ersten Präsidenten der Vierten Republik, dem

Sozialisten Vincent Auriol, hinzu auch einen Sozialisten als ersten „normalen“ Ministerpräsidenten, den allerdings ziemlich farblosen Paul Ramadier, bekommen. Aber die Sozialisten sind, wie schon vorher unter Léon Blum, der sich nach gelungenem Preisabbau mit Ehren zurückziehen durfte, zu ihrer starken Stellung in der Regierung eben doch nur darum gelangt, weil sie als Partei der Mitte die wenig dankbare, aber doch so notwendige Funktion eines Puffers zwischen links und rechts ausüben, nicht weil sie den Auftrag empfangen hätten, eine freiheitliche Gemein- und Planwirtschaft aufzubauen. Und die Frage ist gerade die, ob die inneren Reibungen, denen das neue Koalitionskabinettt ausgesetzt ist, nicht so stark werden und soviel Kraft verbrauchen, daß es darob die Fähigkeit verliert, das zu sein, was Frankreich in seiner heutigen Lage mehr denn je braucht: un gouvernement qui gouverne. Was der Regierung außer dem Umstande, daß der auf Baïsse spekulierende de Gaulle eben doch kein echter politischer Führer ist, bei ihrer harten Aufgabe, den Monnetplan durchzuführen, besonders zustatten kommt, das ist die, wenn auch wohlberechnete, Loyalität der Kommunisten, die sich tatkräftiger als irgendeine andere Partei und unter Opferung eines guten Stückes Popularität für Produktionssteigerung, Beseitigung des Schwarzhandels, Abstellung bequemer Mißbräuche und überhaupt für eine scharfe Kur zur planmäßigen Gesundmachung der französischen Wirtschaft einsetzen. Es verdient übrigens vermerkt zu werden, daß eine nicht unbedeutende Richtung innerhalb der Kommunistischen Partei bewußt an die westlichen Ueberlieferungen des Kommunismus anknüpft und ihre Ausdrucksformen weiterzubilden sucht; ihr Hauptvertreter ist der Abgeordnete Duclos, der wohl überhaupt der fähigste Kopf unter den französischen Kommunisten ist.

Italien hat es insofern leichter als Frankreich, als es in einer wichtigen britisch-amerikanischen Interessenzzone liegt und hier sogar eine Schlüsselstellung einnimmt. Das hat seinem Ministerpräsidenten de Gasperi jene Einladung nach Washington (fast hätte ich gesagt: nach Berchtesgaden) eingetragen, von der er zweifellos höchst bestimmte Weisungen, aber auch so greifbare Trümpfe — vor allem das Versprechen von Krediten, Lebensmittellieferungen und Kohlensendungen — mitbrachte, daß er es wagen konnte, nach seiner Rückkehr in recht eigentümlicher, autoritärer Form eine Kabinettskrise heraufzubeschwören, deren Ziel offenbar war, die Linke mattzusetzen und ein reines Ministerium der Rechten zu bilden. Das ist ihm nun zwar trotz der Ausschiffung Nennis nicht ganz gelungen; immerhin sind aber die Hauptministerien in stärkerem Maße als das letztmal mit Christlich-Demokraten und anderen „Nichtmarxisten“ besetzt worden, und auch die Blinden werden jetzt in Italien sehen, daß hinter dem Regime de Gasperi, um mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ zu reden, „die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft oder — wenn man will — der öko-

nomische Imperialismus der Vereinigten Staaten“ steht. Die innerpolitischen Folgerungen aus diesem Tatbestand ergeben sich von selbst.

Die Verdrängung Nennis aus dem Außenministerium in das nach sechsundzwanzig Jahren Verbannung und Opposition Graf Sforza zurückkehrt, und die Schwächung der Sozialistischen Partei in der italienischen Regierung ist in der Hauptsache die Wirkung der noch in der letzten Weltrundschau erwähnten *Spaltung* in den sozialistischen Reihen. Natürlich spielte bei dieser Operation die verschiedene Einstellung der beiden Hauptgruppen, der Minderheit unter Saragat und der Mehrheit unter Nenni, zu den Kommunisten eine wesentliche Rolle. Aber man würde die Dinge ungebührlich vereinfachen, wollte man die Anhänger der einen Richtung nun als aufrechte, gesinnungstreue Demokraten herausstreichen und die der anderen als unzuverlässige Opportunisten, ja verkappte Diktaturfreunde abtun. Das geht schon darum nicht, weil die Spaltung recht eigentlich von einer nun zur neuen Partei übergetretenen Gruppe erzwungen worden ist, die dem Kommunismus, wenn auch in seiner Trotzky'schen Spielart, selbst sehr nahe steht, und weil auch die neue Partei die Notwendigkeit einer Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten durchaus anerkennt, ganz abgesehen davon, daß so zuverlässige Demokraten wie Ignazio Silone in der alten Partei verblieben sind, mag nun deren geistige Haltung so unbefriedigend und anfechtbar sein wie sie will. Wahrscheinlich hat der sicherlich unverdächtige Londoner „Economist“ recht, wenn er zu dem Schlusse kommt:

„Unter den gegenwärtigen Umständen der italienischen Politik ist es schwer zu glauben, daß Saragats Handlungsweise wohlberaten gewesen sei. Nennis ganze Art, an die Zusammenarbeit mit den Kommunisten heranzutreten, ist maßvoll und vorsichtig. Die italienischen Kommunisten, die allerdings ihre übliche Torheit mit ihren Angriffen auf ihre sozialistischen Kollegen bewiesen haben, wo es doch so viele andere Zielscheiben für Angriffe gegeben hätte, sind keine extreme Gruppe und haben Männer von echtem Können und redlicher Gesinnung in ihren Reihen. Auf der Rechten andererseits ist die Erinnerung an den Faschismus noch nicht erloschen, und es ist vielleicht nicht schwer, irgendeine Art rechtsautoritärer Politik wieder ans Ruder zu bringen. Vor allem aber braucht Italien eine radikale, reformwillige und stetige Regierung, die nach Lage der Dinge nur eine Koalition von Sozialisten, Kommunisten und vielleicht Vertretern des linken Flügels der Christlich-Demokraten hätte stellen können. Indem Saragat einer solchen Koalition ein neues Hindernis in den Weg legte, hat er seiner Partei und seinem Land einen ganz schlechten Dienst erwiesen.“

«Volksdemokratie» Zum Schluß nur noch ein ganz rascher Blick nach dem Osten, und zwar nach *Polen*, wo endlich die Parlamentswahlen stattgefunden und dem Regierungsblock eine Mehrheit von 70 Prozent der Stimmen gebracht haben; in der neuen, von dem Sozialisten Cyrankiewicz geleiteten Regierung — der bisherige kommunistische Ministerpräsident Bierut ist Staatspräsident geworden — sind die führenden Posten wieder von Kommunisten und Sozialisten besetzt. Gewiß waren diese polnischen Wahlen keine

„freien“ Wahlen im westlich-demokratischen Sinne⁴⁾); es waren *gemachte* Wahlen, die den Volkswillen verfälscht wiedergaben und bei denen von vornherein feststand, daß die Regierungsparteien gewinnen würden. Aber mit der üblichen Entrüstung über solche Praktiken ist es gleichwohl nicht getan; ein gerechtes Urteil wird auch noch ein paar andere Dinge erwägen müssen.

Zum ersten: Die jüngsten Wahlen haben, wie der Warschauer Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian“ feststellt, „im wesentlichen keinen viel schlimmeren Verlauf genommen als alle früheren Wahlen in diesem Lande, die fast immer zugunsten der Regierung ausgefallen sind“, und zwar, so fügen wir hinzu, ohne daß jeweiligen amtliche Protestaktionen von englischer oder amerikanischer Seite dagegen erfolgt wären.

Zum zweiten: Der Abstand zwischen östlicher „Volksdemokratie“ und westlicher Bourgeoisdemokratie ist nicht *so* groß, wie es unsere Selbstgerechtigkeit wahr haben möchte. Auch bei uns werden die Wahlen und Abstimmungen „gemacht“, nur eben unter Wahrung der demokratischen Formen (das ist ja gerade das Kunststück!); auch unsere herrschenden Klassen haben tausend Mittel — Schule und Kirche, Presse und Radio, Film und Theater, Militärwesen, Sportbetrieb, Vereinsmeierei usw. usw. —, um den Volkswillen so zu lenken und die öffentliche Meinung so zu formen wie es ihren besonderen Interessen nützlich ist. Was im Osten Zensur und Polizei leisten, das leistet im Westen eben das *Geld*; „wer eine Million in der Kasse hat, gewinnt jeden Abstimmungskampf“, so lautet ein wohlbekanntes, wenn auch wenig rühmliches schweizerisches Sprichwort, und tatsächlich: wer will etwa leugnen, daß schon so manche Wahl, so manche Volksabstimmung ganz anders herausgekommen wäre, hätte der Einfluß der Geldmächte auf die „souveräne“ Wählerschaft ausgeschaltet werden können? Daß wir deswegen die (relative) Freiheit des Wortes und der Vereinigung auch im bürgerlich-kapitalistischen Staate nicht herzugeben gesonnen sind, will ich — durch allerlei Erfahrungen gewitzigt — gleichwohl beifügen; ich will nur vor einer *Ueberschätzung* der politischen Demokratie in einer Gesellschaft warnen, deren Wirtschaft auf der Diktatur aufgebaut ist.

Und zum dritten: *Wir* können, dank einer langen demokratisch-liberalen Ueberlieferung, einen Weg suchen zwischen Faschismus und Kommunismus hindurch, den Weg eines freiheitlichen Sozialismus. In

⁴⁾ Das gleiche gilt von den jüngsten *rußischen* Wahlen. Stalin selber meinte: „Die Wahlen sind nicht Wahlen im eigentlichen Sinne. Der Wahltag ist vielmehr ein nationaler Feiertag“, um freilich sofort weiterzufahren: „Nirgends zuvor gab es auf der Welt derart wirklich freie demokratische Wahlen.“ Merkwürdige Logik! Aber ohne Verbeugung vor der Demokratie kommt man scheint's auch im Kreml nicht aus.

Polen und den anderen „Volksdemokratien“, die keine bürgerliche Revolution durchgemacht haben und der geistigen Voraussetzungen für ein halbwegs annehmbares Funktionieren der politischen Demokratie fast gänzlich ermangeln, steht heute die Wahl nur zwischen Faschismus und Kommunismus. Bloße demokratische *Formen*, die keinen demokratischen *Inhalt* decken und nicht aus der ganzen Volkskultur herausgewachsen, sondern einfach nach westlich-parlamentarischem Schema von außen her, zum Beispiel durch diplomatische Noten oder durch Befehl einer Besatzungsbehörde, einem Staat aufgedrängt werden, laufen nur Gefahr, von den *Gegnern* der Demokratie ausgenützt, mißbraucht zu werden, und in Polen ist das denn auch ganz offenbar der Fall. Käme mit Hilfe demokratischer Formen, denen die Substanz der Demokratie fehlt, nämlich der freie, aus selbständigem Urteil der Bürger stammende Volkswille (in Polen gibt es heute im Vergleich zur Bevölkerungszahl nur ganz wenige Zeitungen; Millionen von Männern und Frauen sind für ihre politische Aufklärung ausschließlich auf die katholische Geistlichkeit angewiesen; auch das Analphabetentum ist noch weit verbreitet), käme auf diese Weise also etwa *Mikolajczyk* an die Macht, er würde sofort ein Werkzeug des kapitalistischen Westens gegen die polnische Revolution und gegen die Sowjetunion. Auch das ist im Ernst schwerlich zu bestreiten. Die Voraussetzungen für die politische Demokratie müssen im Osten eben erst geschaffen werden; es hat keinen Sinn, Trauben lesen zu wollen von den Dornen und Feigen von den Disteln.

Ceterum censeo: Der Osten wird nie demokratisch werden, solange der Westen kapitalistisch ist, und gar so aggressiv kapitalistisch, wie er sich jetzt wieder vielfach gebärdet. Und zwischen Osten und Westen wird es keinen echten Frieden geben, solange nicht ein Ausgleich zwischen den beiderseitigen Gesellschaftssystemen gefunden ist, der *beiden* ihr Recht läßt — ein Ausgleich auf der Grundlage eines freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus.

12. Februar 1947.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Wirtschafts- und Sozialreform? Auch wenn man die Welt nicht materialistisch anschaut, ist es immer hilfreich, bei der Zergliederung einer gegebenen Lage den Blick zunächst einmal auf die wirtschaftlichen Dinge zu richten, die im Leben jeder Gesellschaft eine so gewaltige Rolle spielen, und in deren Licht so manche Erscheinungen, die sonst mehr oder weniger verschwommen bleiben, eine klarere Form annehmen.

Die *glänzende Wirtschaftskonjunktur*, der sich die Schweiz erfreut,